

Aus BT Online 03.04.14

Stadtwerke planen weniger Anlagen

Bürger fordern weiter Abstand von 1000 Metern

BUXTEHUDE. Die Gegensätze beim Windpark Daensen prallten am Dienstagabend im Buxtehuder Planungsausschuss unverändert aufeinander. Hier etwa 40 Bürger, die einen Abstand von 1000 Metern von der Bebauung forderten und Naturschützer, die den dort brütenden Uhu in Gefahr sehen, und auf der anderen Seite Stadtwerke als späterer Betreiber und die Firma Windstrom als Projektentwickler, die inzwischen ein Stück auf die Bürger zugehen. Statt der geplanten fünf Rotoren mit einer Gesamthöhe von 185,9 Metern sollen es nur noch drei werden, allerdings mit einer Höhe von 192,5 Meter und um 20 Prozent effizienter. Die rücken auch ein Stück von der Bebauung ab: Zu den letzten Häusern in Pippensen wächst der Abstand auf 750 Meter, in Daensen wären es 905 Meter. Die Lärmgrenzwerte würden deutlich unterschritten, so Windstrom Geschäftsführer Joachim Mrotzek, Infraschall spiele keine Rolle, weil er nach wissenschaftlichen Erkenntnissen keine Gesundheitsgefährdung darstelle – was die Gegner stark bezweifeln –, Schattenwurf werde durch Abschaltungen verhindert und er wiederholte die Auffassung, dass der Uhu nicht gefährdet sei. In 20 Jahren Beobachtungen unter Windkraftanlagen habe es in ganz Deutschland nur 14 tote Uhus gegeben.

Von Seiten der Daenser und Pippenser Bürger gab es dagegen viel Kritik an der Planung. Sie forderten weiter eine Verschiebung der Fläche in das Vorangebiet für Sandabbau – notfalls befristet, bis der Abbau beginnen soll. Ein Vorschlag, der laut Hans-Uwe Hansen (SPD) keine Option ist, weil das Land dies nicht zulassen werde. Sie halten den Lärm für nach wie vor zu hoch und sie bezweifeln, dass die Uhu-Population keinen Schaden nimmt. Die lediglich 14 gefundenen toten Uhus unter Windanlagen seien ohnehin nur Zufallsfunde, die meisten toten Tiere dürften von Aasfressern vor dem Auffinden verpeist worden sein, so Anne-Dore Völkers.

Mehrheitlich abgelehnt wurde ein Vorschlag der FDP, die Stadt möge die Planung mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes an sich ziehen. Dies ändere nichts an den Rahmenbedingungen, so Astrid Bade (SPD), die Stadt müsse sich wie der Kreis an die Gesetze halten und die gäben auch Investoren Rechte.

Es war Heinrich Bröhan (CDU) vorbehalten, darauf hinzuweisen, dass im Zuge der Energiewende auf die Windkraft nicht zu verzichten sei.

Unstrittig blieben im Ausschuss die östlichen Flächen – ebenfalls auf je drei Anlagen reduziert – bei Immenbeck und Elstorf. rsu (Rainer Schwartau)